

## Klimaschutz und glückliches Schrumpfen

6. Ranfter Klimagespräche im Zentrum Ranft, 28. – 30. Juni 2024

Die Stadt Luzern will bis ins Jahr 2040 den Ausstoss von CO<sub>2</sub> auf Netto Null reduzieren. Ein Klimaspaziergang durch die Stadt Luzern brachte dazu interessante Erkenntnisse. Anhand von anschaulichen Beispielen erläuterte Cyrill Studer von der Luzerner Umweltberatung den Teilnehmenden der „6. Ranfter Klimagespräche“, wie das geschehen soll. So soll ein grosser Teil der Luzerner Wärmeversorgung künftig mit Fernwärme erfolgen, die u.a. aus dem Vierwaldstättersee gewonnen wird. Weitere Massnahmen betreffen den Gebäudebereich, die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs, den Ausbau des Busnetzes und die E-Mobilität. Auch der Aufklärung und Sensibilisierung kommt laut Studer eine grosse Bedeutung zu.

In Ländern wie der Schweiz, Deutschland oder Österreich ist unser ökologischer Fussabdruck drei Mal zu gross. Wenn auf der Welt alle so leben würden wie wir, bräuchte es drei Planeten statt nur einen. Doch wie ist die Transformation in eine Gesellschaft und Wirtschaft zu schaffen, die die Umwelt entlastet und zugleich unser Wohlergehen stärkt? Diese Frage diskutierten die Teilnehmenden der Ranfter Klimagespräche Ende Juni im Zentrum Ranft im Kanton Obwalden. Unter dem Titel „Netto Null und glückliches Schrumpfen in den Städten ging es um die Frage, was die Zivilgesellschaft, also wir alle, zur Rettung von Umwelt und Klima beitragen können.

In ihrem Grundsatzvortrag stellte Ulrike Herrmann die Gretchenfrage: Wie kommen wir von der heutigen Wirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft, ohne dass dabei Millionen von Arbeitsplätzen verloren gehen? Zu einer Wirtschaft also, die sich aus der fossilen Welt verabschiedet, die die Rohstoffe schont und die mit der erneuerbaren Energie haushälterisch umgeht. Herrmann ist langjährige Wirtschaftsredaktorin bei der Berliner «Tageszeitung» und Autorin des Bestsellers «Ende des Kapitalismus».

Die Antwort ist nicht einfach, liegt laut Herrmann aber dennoch auf der Hand. Entweder gehen wir die Probleme jetzt an und reduzieren unseren Luxus auf ein vernünftiges Mass. Oder die Realität wird uns einholen, die Rohstoffe werden immer knapper und wir werden in eine Mangellage geraten, die nichts Schönes verspricht. Herrmann erinnerte an die 1930er-Jahre in Deutschland, als die Arbeitslosigkeit immer weiter stieg und schliesslich Hitler an die Macht kam. Die Folgen sind bekannt. Herrmanns Rezept ist staatliche Planung und Rationierung und sie führt das Beispiel der britischen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs an (die damals tatsächlich funktionierte). Der Staat solle den Unternehmen vorgeben, was und wieviel sie produzieren dürfen und ihnen die dafür notwendigen Rohstoffe zur Verfügung stellen. Im Gegenzug könnten die Betriebe weiterhin frei agieren und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit behalten. Die Referentin betont, dass ein solches Modell nicht mit der sozialistischen Planwirtschaft verwechselt werden dürfe.

Dass es schwierig werden würde, ein solches Modell in demokratischen Ländern umzusetzen, war nicht nur Ulrike Herrmann, sondern auch allen anderen Anwesenden bewusst. Wie kann eine Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt werden, dass es mit Autofahren, Fliegen, Fleischkonsum und Kleiderkaufen nicht so weitergehen kann wie bisher? Georg Klingler ist Experte für Energie und Klima bei der Umweltschutzorganisation Greenpeace. Er erläuterte, wie seine Organisation den notwendigen gesellschaftlichen «Change» angehen will. Wichtig sei es, im Klimaschutz die ökologische mit der sozialen Dimension zu verbinden. Das heisse, der Bevölkerung aufzuzeigen, dass ein Verzicht auf

übermässigen Konsum nicht ins Unglück führe. Dazu müssten im ganzen Land Positivprojekte aufgebaut werden die beweisen, dass das Wohlergehen und die Zufriedenheit der Menschen nicht von einem möglichst hohen Bruttosozialprodukt abhängig ist. Beispiele dafür sind Quartiergruppen, die sich für lebenswerte Freiräume einsetzen, der Aufbau von Repairwerkstätten zur Förderung der Kreislaufwirtschaft, kulinarische Events mit klimafreundlichen Leckerbissen oder gemeinschaftliche Projekte für Solaranlagen an Gebäuden.

Im zweiten Teil der Ranfter Klimagespräche ging es um den Beitrag, den die Städte für den Klimaschutz leisten. Über die Entwicklung eines verbindlichen Handlungskonzepts zur Erreichung der Kölner Klimaziele berichtete Bürgermeister Andreas Wolter, der dafür extra nach Obwalden anreiste. Köln ist mit einer Bevölkerung von 1,1 Millionen die viertgrösste Stadt Deutschlands. Vor einigen Jahren forderte ein Bürgerbegehren, dass Köln bis 2035 klimaneutral werden soll. Die Stadtregierung habe den Auftrag entgegengenommen und arbeite intensiv daran, dieses Ziel umzusetzen. Wichtigste Handlungsfelder seien das klimaverträgliche Bauen und die Versorgung mit erneuerbarer Energie. Gerade letzteres ist für eine Stadt wie Köln eine grosse Herausforderung, beruhte doch bisher ein grosser Teil der Energieversorgung auf Gas, Öl und Kohle.

Damit war die Messlatte gelegt für die anwesenden Klimafachleute aus der Deutsch- und Westschweiz. Aus Lausanne berichteten Matthieu Clément und Brigitte Nicod von der Organisation «Objectif Climat», in der sich rund 30 Vereine zusammengeschlossen haben. Die Umsetzung des Lausanner Klimaplans habe unter anderem dazu geführt, dass die Stadt neue Velowege gebaut und in der Nacht ein Tempolimit von dreissig Stundenkilometern eingeführt habe. Um Netto Null Treibhausgase zu erreichen, brauche es aber noch deutlich mehr, betonten die Vertreter aus der Romandie, so eine intensive Aufklärung der Bevölkerung über einen klimafreundlichen Konsum.

Von der Association Climat Genève war Yvonne Winteler anwesend. In Genf hätten die Klimademos bereits 2014 begonnen, seit 2022 verfüge die Stadt über eine Klimastrategie mit dreissig Zielen und achtzig Massnahmen. Darin gehe es um die Förderung einer klimafreundlichen Mobilität, die klimaverträgliche Sanierung der Gebäude und den Aufbau einer Versorgung mit Öko-Energie. Die Stadt kläre die Bevölkerung auch darüber auf, wie man weniger und dennoch besser konsumieren könne. So gebe es einen Klimalehrpfad quer durch die Stadt. Auch der Finanzplatz werde an seine Klimaverantwortung erinnert, aber aus Sicht der Klimaschützerin viel zu wenig konsequent.

Yvonne Winteler ist auch Co-Präsidentin der Klima-Allianz, des nationalen Dachverbandes von mehr als 140 Klimaschutzorganisationen. Derzeit ist die Klima-Allianz an der Entwicklung eines Bewertungssystems für Gemeinden, welches deren Verantwortlichen Handlungsmöglichkeiten im Klimaschutz aufzeigen soll.

Salome Fonseca und Marc Schaffner von „Basel2030“ informierten über die „Klimagerechtigkeitsinitiative“, die im Jahre 2020 von der Basler Stimmbevölkerung zusammen mit dem Gegenvorschlag der Regierung angenommen wurde. Schliesslich habe man sich als Kompromiss auf den Gegenvorschlag geeinigt. Dieser sehe eine Senkung der direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen (v.a. Gebäude und Verkehr), aber auch der indirekten Emissionen (z.B. Fliegen) vor. Der Vorteil von Basel sei, dass die Stadt politisch fast deckungsgleich mit dem Kanton Basel-Stadt ist, sodass der Kanton die Stadt nicht ausbremst. Dennoch geht es den Vertretern von Basel2030 zu langsam vorwärts. Es sei unklar, wie der Absenkpfad beim

CO<sub>2</sub> aussehen soll, ein Gesamtkonzept für den Verkehr fehle. Zudem geben es keine echte Partizipation der Bevölkerung, was unabdingbar sei, um die ambitionierten Ziele zu erreichen.

Während Basel Netto Null bereits 2037 erreichen will, hat sich die Stadt Zürich dieses Ziel für 2040 gesetzt (städtische Betriebe bis 2035). Auch in Zürich habe die Klimabewegung am Ausgangspunkt gestanden, berichtete Markus Keller vom Verein Klimastadt Zürich. In der Volksabstimmung habe die Stadtzürcher Stimmbevölkerung das Klimaschutzziel Netto Null 2022 mit 75 Prozent Ja-Stimmen in der Gemeindeordnung verankert. Die direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Verkehr und Gebäuden wolle die Stadt vollständig auf null reduzieren. Die indirekten Emissionen aus dem Konsum sollen lediglich um dreissig Prozent reduziert werden, da die Stadt hier nur beschränkte Handlungsmöglichkeiten besitze. In einem öffentlichen „Netto-Null-Cockpit“ zeige die Stadt auf, in welchem Ausmass der Klimaschutz greift – ein Novum für die Schweiz. Der Verein Klimastadt Zürich kritisiert jedoch, dass das Zürcher Klimaschutzziel wichtige Bereiche ausklammere, wie den Finanzplatz und den Flugverkehr.

Als Tagungsbeobachterin wirkte Annika Müller, Klimaaktivistin und ETH-Studentin. Es lässt sich das Fazit ziehen, dass das glückliche Schrumpfen in den Klimastädten noch nicht so richtig angekommen ist. Technische Massnahmen allein vermögen das Klima nicht zu retten. Dennoch sind die Städte wichtige Reallabore für die Zukunft, zum Beispiel für die dringliche Ernährungs- und Konsumwende. Damit die Aktivitäten der Klimastädte noch wirkungsvoller werden, braucht es geeignete Rahmenbedingungen seitens des Bundes und der Kantone. Diese sind bisher in vielen Bereichen nicht gegeben, so etwa beim Bauen und im Verkehr. Damit sich das ändert, sind die Aktivitäten und Initiativen aus der Zivilgesellschaft weiterhin sehr wichtig.

Dominik Siegrist, 02.07.2024